

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Kreistag

Sitzungs-Nr.: 13 / Wahlperiode 2001/2006

Sitzung am: 08.01.2004

Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Sitzungssaal

Beginn: 16.10 Uhr **Ende:** 18.55 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:

Seite:

- Nichtöffentlicher Teil -

Seite:

- Öffentlicher Teil -

- | | |
|--|----|
| 1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung | 9 |
| 2. Genehmigung der Niederschrift über die zwölfte ordentliche Sitzung des Kreistages am 17.12.2003 | 9 |
| 3. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses | 9 |
| 4. Bericht des Oberkreisdirektors über wichtige Angelegenheiten | 9 |
| 4.1 Einweihung des Wesertunnels | 9 |
| 5. Bericht des Oberkreisdirektors über die Durchführung (Sachstandsbericht) der Beschlüsse des Kreistages | 10 |
| 6. Verleihung des Ehrentitels „Ehrenlandrat“ an Herrn Martin Döscher, Köhlen hier: Antrag der CDU- und FDP- Kreistagsfraktionen vom 18.12.2003 Sitzungsvorlage Nr. 4/2004 | 10 |
| 7. Erhalt der garantierten Unterrichtsversorgung an den ‚Vollen Halbtagschulen‘ -Resolution des Kreistages des LK Cuxhaven an den Landtag und die Landesregierung Niedersachsens hier: Antrag der Bündnis 90 – Die Grünen – Kreistagsfraktion vom 10.12.2003 Sitzungsvorlage Nr. 362/2003 | 11 |
| 8. Aufnahme des Themas „Küstenautobahn / A22“ als Leitprojekt für den Handlungsrahmen 2005 der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/ Niedersachsen hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 18.12.2003 Sitzungsvorlage Nr. 3/2004 | 12 |
| 9. Schulstrukturereform; a) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes; <u>hier:</u> Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2003 b) Einrichtung von wohnortnahen Gymnasien; <u>hier:</u> Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2003 | 13 |

- c) Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur künftigen Gestaltung der Schulstrukturen im Landkreis Cuxhaven;
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2003
- d) Schulentwicklung und deren Finanzierung im Landkreis Cuxhaven;
hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 22.06.2003
- e) Eckpunktepapier zur Einrichtung von weiteren Gymnasien als eigenständige Schule oder als Außenstelle eines vorhandenen Gymnasiums
- f) hier: Beschulung von Kindern aus der Samtgemeinde Nordkehdingen (Landkreis Stade) am Gymnasium Warstade
- g) hier: ergänzender Sachstandsbericht
Sitzungsvorlagen Nrn. 199/2003, 199 a/2003, 199 b/2003, 199c/2003, 199d/2003 und 250/2003

Seite:

Empfehlung des Kreisausschusses: a) Der vorliegenden informellen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für den gesamten Landkreis Cuxhaven mit Ausnahme der Stadt Cuxhaven wird insgesamt zugestimmt.

- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die sich daraus ergebenden weiteren Planungsbedürfnisse ergänzend auszuarbeiten und ggf. zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
- c) Dabei ist insbesondere das für den Grundeinzugsbereich Langen dargestellte Moratorium für Baumaßnahmen zu streichen und die Schülerbeförderung für den Bereich der Samtgemeinde Land Wursten zu überprüfen.

| | |
|---|----|
| 14. Schulausschüsse des Landkreises Cuxhaven <u>hier:</u> Vorschlag der Schülervertreter und Ersatzmitglieder durch den Kreisschülerrat sowie der Elternvertreter und Ersatzmitglieder durch den Kreiselternrat Sitzungsvorlage Nr. 2/2004 | 15 |
| 15. Abstufung von Naturdenkmalen Sitzungsvorlage Nr. 321/2003 | 17 |
| 16. Bekanntgabe der von November 2003 bis zum 17. Dezember 2003 zugestimmten über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach § 65 NLO i. V. mit § 89 Abs. 1 S. 3 NGO Sitzungsvorlage Nr. 5/2004 | 18 |
| 17. Berufung des Kreisamtsrates Hermann Herbrig zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes Sitzungsvorlage Nr. 7/2004 | 18 |
| 18. Berufung des Kreisamtmannes Jens Dehm zum Prüfer im Rechnungsprüfungsamt Sitzungsvorlage Nr. 8/2004 | 18 |
| 19. Berufung der Kreisoberinspektorin Meike Hannemann zur Prüferin im Rechnungsprüfungsamt Sitzungsvorlage Nr. 9/2004 | 19 |
| 20. Berufung des Dipl.-Ing. (FH) Hans-Peter Bartsch zum Prüfer im Rechnungsprüfungsamt Sitzungsvorlage Nr. 10/2004 | 19 |
| 21. Fragestunde | 19 |

| | |
|---|----|
| 22. Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse | 19 |
| 23. Anregungen und Beschwerden | 19 |
| 24. Einwohnerfragestunde | 20 |
| 25. Aushändigung des Ehrenzeichens | 20 |

Anwesend waren:

1. Landrat Döscher, Köhlen, als Vorsitzender

die Kreistagsabgeordneten

2. Ahrens, Bramstedt
3. Bensen, Beverstedt
4. Frau Bergen, Cuxhaven
5. Berghorn, Langen
6. Frau Böckenkamp, Otterndorf
7. Dageförde, Uthlede
8. Demuth, Cuxhaven
9. Dubbert, Hechthausen
10. Feldmann, Otterndorf
11. Ferlemann, Cuxhaven
12. Föge, Wingst
13. Gerken, Otterndorf
14. Frau Goede, Wulsbüttel
15. Götjen, Lunestedt
16. Grell, Hechthausen
17. Grube, Hemmoor
18. Grüter, Schiffdorf
19. Guthahn, Osten
20. Frau Hansmann, Lintig
21. Harten, Cuxhaven
22. Dr. Jahn, Cuxhaven
23. Johannßen, Otterndorf
24. Jüchtern, Schiffdorf
25. Kaliske, Loxstedt
26. Kowalewski, Midlum
27. von der Lieth, Elmlohe
28. Lutz, Wremen
29. Martens, Neuhaus (Oste)
30. May, Loxstedt
31. McAllister, Bad Bederkesa
32. Meyn, Lamstedt
33. Misch, Schiffdorf
34. Nesper, Cadenberge
35. Nordbruch, Loxstedt
36. Peters, Wanna
37. Peters, Langen
38. Raulff, Cuxhaven
39. Frau Rischbieter, Cuxhaven
40. Frau Ritzenhoff, Bramstedt
41. Robbert, Cuxhaven
42. Saul, Hemmoor
43. Frau Schlüer, Steinau
44. Schütt, Cuxhaven
45. Frau Schwertfeger, Hagen
46. Seier, Dorum
47. Frau Spiess, Cuxhaven
48. Steinau, Nordholz
49. Steinberg, Cuxhaven
50. Frau Tecker, Schiffdorf
51. Tobias, Langen
52. Tönjes, Heerstedt

- 53. Frau Vockert, Schiffdorf
- 54. Wiesen, Armstorf
- 55. Wrede, H., Loxstedt
- 56. Wrede, J., Nordholz

Von der Verwaltung:

Oberkreisdirektor Dr. Höppner
Erster Kreisrat Bielefeld
Kreisrat Jochimsen
Kreisrat Gesterling
Kreisrätin Frau Jahns
Frauenbeauftragte Frau Mahler
Kreisoberamtsrat Wohltmann
Kreisamtsrat Meyer als Protokollführer
Kreisinspektorin z. A. Jark

Außerdem:

Presse und Zuhörer

Folgende Kreistagsabgeordnete fehlten entschuldigt:

- 57. Frau Faße, Langen
- 58. Köster, Loxstedt
- 59. Frau Krause-Behrens, Bokel
- 60. Meyer, Wingst
- 61. Dr. Nixdorf, Langen
- 62. Schröder, Cuxhaven
- 63. Wegener, Cuxhaven

Nichtöffentlicher Teil der dreizehnten ordentlichen Sitzung des Kreistages am 08.01.2004

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Landrat Döscher eröffnete um 16.10 Uhr die dreizehnte ordentliche Sitzung des Kreistages, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass die Mitglieder des Kreistages zu dieser Sitzung frist- und formgerecht eingeladen seien. Von 63 Mitgliedern des Kreistages seien zu Beginn der Sitzung 56 anwesend. Der Kreistag sei beschlussfähig.

1.1 Änderung der Tagesordnung

Landrat Döscher trug vor, es läge ein Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vor, den in der vorangegangenen Kreistagssitzung vorgesehenen Beschluss über die Entziehung des Ehrenzeichens von Herrn Richard Sertel unabhängig von der Tatsache, dass die Urkunde bereits zurückgegeben worden ist, aus Gründen der Rechtssicherheit noch zu fassen.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Der Tagesordnungspunkt

2. Entziehung von Ehrenzeichen des Landkreises Cuxhaven,
hier: Entziehung des Ehrenzeichens des Landkreises Cuxhaven in Silber von Herrn Richard Sertel
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.01.2004
Sitzungsvorlage Nr. 354/2003, 354a/2003

wird zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Ordnungsziffern der nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Punkt 2: Entziehung von Ehrenzeichen des Landkreises Cuxhaven, hier: Entziehung des Ehrenzeichens des Landkreises Cuxhaven in Silber von Herrn Richard Sertel Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 08.01.2004 Sitzungsvorlage Nr. 354/2003, 354a/2003

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Herrn Richard Sertel wird das ihm am 04.10.2000 verliehene Ehrenzeichen des Landkreises Cuxhaven in Silber entzogen.“

- Öffentlicher Teil -

Punkt 5: Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Landrat eröffnete den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.16 Uhr.

Punkt 6: Genehmigung der Niederschrift über die zwölfte ordentliche Sitzung des Kreistages am 17.12.2003

Landrat Döscher teilte mit, die Niederschrift läge noch nicht vor.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 7: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Landrat Döscher teilte mit, seit der letzten Kreistagssitzung habe der Kreisausschuss nur einmal getagt. Alle Tagesordnungspunkte dieser Sitzung seien auch zur Beratung in der heutigen Kreistagssitzung vorgesehen. Der Bericht könne deshalb entfallen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 8: Bericht des Oberkreisdirektors über wichtige Angelegenheiten

8.1 Einweihung des Wesertunnels

Oberkreisdirektor Dr. Höppner berichtete, am 20.01.2004 gehe mit der feierlichen Einweihung des Wesertunnels durch den Bundesverkehrsminister und den Niedersächsischen Ministerpräsidenten ein langgehegter Wunsch des Landkreises Cuxhaven in Erfüllung. Leider habe es in jüngster Vergangenheit Misstöne zur Frage der Tunnelsicherheit gegeben. Er wolle deshalb die Gelegenheit nutzen, dem Kreistag über das Ergebnis der gemeinsamen Begehung und der Notfallübung unter Beteiligung von EKR Bielefeld, dem Kreisbrandmeister, dem Leitenden Notarzt, dem Leiter der Einsatzleitstelle, dem für Katastrophenschutz zuständigen Amtsleiter und einem Vertreter der Gemeinde Loxstedt zu berichten. Jede aufgeworfene Sicherheitsfrage habe vollständig gelöst werden können. Zwei Dinge seien jedoch nach wie vor im Mittelpunkt der Kritik. So stehe nach wie vor die Forderung nach dem Einbau einer Sprinkleranlage im Raum. Bisher sei keine vergleichbare Anlage in der Bundesrepublik genehmigt worden. Wegen der aggressiven Reaktion einiger Gefahrgüter mit Wasser sei der Einbau auch gefahrverschärfend. Der im Brandfalle entstehende Wasserdampf könnte zu Verbrennungen bei Personen in unmittelbarer Nähe führen. Insgesamt sei der Einbau einer Sprinkleranlage kontraproduktiv. Hinsichtlich der Forderung nach einer Tunnelwarte sei man sich einig, dass die Auswertung der vielfältigen Informationen, die in technischer Hinsicht im Tunnel gesammelt werden und in der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Brake auflaufen, gegenüber der Einrichtung einer Tunnelwarte erhebliche Vorteile habe. Er habe die Hoffnung, dass diese Information an die Bürger weitergetragen werde.

Auf Zwischenfrage der Abg. Ritzenhoff bestätigte Oberkreisdirektor Dr. Höppner, dass bei Gefahrguttransporten bestimmte Gefahrenklassen für die Durchfahrt durch den Tunnel nicht zugelassen seien. Auf Zwischenfrage des Abg. Dubbert erklärte Oberkreisdirektor Dr. Höppner, die sicherheitspolitischen Bedenken seien von Anbeginn der Planungen diskutiert worden, ohne jedoch eine Bewusstseinsänderung bei den Verantwortlichen zu erreichen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 9: Bericht des Oberkreisdirektors über die Durchführung (Sachstandsbericht) der Beschlüsse des Kreistages

Oberkreisdirektor Dr. Höppner teilte mit, der Bericht könne entfallen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Erster stellv. Landrat Wiesen übernimmt den Vorsitz.

**Punkt 10: Verleihung des Ehrentitels „Ehrenlandrat“ an Herrn Martin Döscher, Köhlen
hier: Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen vom 18.12.2003
Sitzungsvorlage Nr. 4/2004**

Erster stellv. Landrat Wiesen verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 10 der Tagesordnung.

Abg. McAllister würdigte das Wirken des Landrates in seiner fast dreizehn-jährigen Amtszeit. Landrat Döscher habe in politischer Hinsicht den Landkreis Cuxhaven personifiziert. Wie kein anderer sei er im Landkreis bekannt und beliebt bei allen Bevölkerungsteilen. Darüber hinaus habe er dem Landkreis Cuxhaven überregional nicht zuletzt durch seine Präsenz bei der Landesregierung ein Gesicht gegeben. In Anerkennung dieser Leistungen als ehrenamtlicher Landsrat schlagen CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vor, Landrat Döscher mit Wirkung vom 01.02.2004 den Ehrentitel „Ehrenlandrat“ zu verleihen.

Abg. Johannßen schloss sich den Ausführungen des Abg. McAllister an. Ungewöhnlich sei zwar der Zeitpunkt der Ehrung mitten in der Wahlperiode, bedingt durch den Systemwechsel aber sachgerecht. Landrat Döscher habe sein Amt mit Bravour absolviert und dem Landkreis Identität gegeben. Mit politischen Gegnern sei er immer fair umgegangen. Nur wegen des Zeitpunktes werde es aus den Reihen der SPD-Kreistagsfraktion einige wenige Gegenstimmen geben.

Abg. Frau Ritzenhoff betonte für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, abweichend von der grundsätzlichen Einstellung der Fraktion werde in diesem Fall die Ehrung ausdrücklich begrüßt.

Abg. Gerken unterstrich ebenfalls die Fairness, mit der er Landrat Döscher in der politischen Arbeit kennen gelernt habe. Aus vielen Veranstaltungen habe er ihn als mitreißenden Redner in Erinnerung behalten.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Gegenstimme:

Dem am 31. Januar 2004 infolge der Einführung der eingleisigen Verwaltungsspitze im Landkreis Cuxhaven aus dem Ehrenamt ausscheidenden Landrat, Martin Döscher, wird in Würdigung seiner Verdienste für den Landkreis Cuxhaven der Ehrentitel „Ehrenlandrat“ verliehen mit Wirkung vom 01. Februar 2004.

Landrat Döscher übernimmt den Vorsitz.

Punkt 11: Erhalt der garantierten Unterrichtsversorgung an den ‚Vollen Halbtagschulen‘ – Resolution des Kreistages des LK Cuxhaven an den Landtag und die Landesregierung Niedersachsens

**hier: Antrag der Bündnis 90 – Die Grünen – Kreistagsfraktion vom 10.12.2003
Sitzungsvorlage Nr. 362/2003**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 11 der Tagesordnung und teilte mit, dass der Kreisausschuss in der vorangegangenen Sitzung die Empfehlung gegeben habe, den Antrag abzulehnen.

Abg. Frau Ritzenhoff führte aus, sie habe der Presse entnommen, dass alle 240 „Volle Halbtagschulen“ in Niedersachsen sich gegen die Änderung des Schulgesetzes ausgesprochen hätten. Im internationalen Vergleich sei diese Art der Beschulung unterster Standard. Ausgerechnet hier eine Beschneidung vornehmen zu wollen, sei im Zusammenhang mit der allgemeinen Bildungs- und Schuldebatte kontraproduktiv. Wenn das Bildungsniveau langfristig angehoben werden solle, müsse an der bewährten und erfolgreichen Unterrichtsform der „Vollen Halbtagschule“ weiter gearbeitet werden und damit die „Verlässliche Grundschule“ ersetzt werden. Sie erwarte, dass der Kreistag eine Reduzierung der Unterrichtsversorgung um bis zu 20 % nicht hinnehme.

Abg. Kowalewski bestätigte, bei allen schulpolitischen Diskussionen wie auch bei Eltern, Schülern und Lehrern habe in der Vergangenheit Einvernehmen darüber bestanden, dass die „Volle Halbtagschule“ das optimale Grundschulmodell sei. Um so bedauerlicher sei es, dass die Landesregierung jetzt nicht zu ihrem Wahlversprechen stehe. Die sukzessive Reduzierung der Unterrichtsversorgung sei nicht akzeptabel. Insofern verwundere ihn die Beschlussempfehlung des Kreisausschusses, der auch im Widerspruch zu der einstimmigen Beschlusslage in den Gemeinden und der Meinungsbildung in den Schulen stehe. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstütze deshalb den Antrag. Wenn die CDU-Kreistagsfraktion dem Antrag nicht zustimmen könne, fehle es der Forderung nach mehr Qualität offensichtlich an dem nötigen Ernst.

Abg. Frau Vockert betonte, dass es ohne den Regierungswechsel die 2.500 zusätzlichen Lehrerstellen nicht gegeben hätte. Niedersachsen wäre damit das Schlusslicht in der Unterrichtsversorgung geblieben. Auch sollte die „Volle Halbtagschule“ unter der SPD-geführten Landesregierung nicht im Schulgesetz verankert werden. Es sei festzustellen, dass die 240 Vollen Halbtagschulen eine erheblich bessere Unterrichtsversorgung aufwiesen, als die restlichen 87 % der Grundschulen. Von den vollen Halbtagschulen müsse deshalb ein Solidarbeitrag eingefordert werden. Selbst bei einer Streichung der zweistündigen Vertretungsreserve sei die Versorgung immer noch besser wie an allen anderen Grund- und Hauptschulen. Sie sei deshalb verärgert darüber, dass den Eltern durch die Agitation der Oppositionsfraktionen suggeriert werde, es werde eine unzumutbare Verschlechterung eintreten, statt darauf hinzuweisen, dass alle Grundschulen von dieser Änderung profitieren. Die CDU-Kreistagsfraktion lehne den Antrag deshalb ab.

Abg. Seier stellte fest, dass man über ein bedeutsames Thema spreche. Es sei richtig, dass der Fortbestand der „Vollen Halbtagschule“ ein Wahlversprechen gewesen sei. Man müsse aber die Finanzlage des Landes zur Kenntnis nehmen. Der Kürzungsanteil, über den diskutiert werde, sei minimal.

Abg. Bensen widersprach der Darstellung der Abg. Frau Vockert, soweit sie sich mit den Auswirkungen beschäftigten. Mit den Planungen der damaligen SPD-geführten Landesregierung sei man auf Kreisebene auch nicht zufrieden gewesen. Jetzt werde jedoch Etikettenschwindel betrieben. Die „Volle Halbtagschule“ werde zurückgefahren auf ein wesentlich geringeres Schulangebot nach der Form der verlässlichen Grundschule. Im übrigen könne die CDU-Kreistagsfraktion dem Antrag doch auch zustimmen, wenn dort die Auffassung vertreten werde, dass sich die Situation nicht verschlechtere.

Abg. McAllister stellte klar, die niedersächsische Landesregierung plane lediglich den Abbau der Vertretungsreserve und die Kürzung der Zuschläge in den Klassen 2 – 4 um zwei Stunden. Auch er wundere sich darüber, wie emotional angesichts dieser geringen Einschnitte die Diskussion geführt werde. Gegen den Antrag sprächen folgende Argumente: Die neue Landesregierung stelle den Fortbestand der Volle Halbtagschulen gerade nicht in Frage, sondern habe diese ausdrücklich im Schulgesetz verankert. Auch wenn den Vollen Halbtagschulen ein Solidarbeitrag abgefordert werde, blieben Pflichtunterricht, Vertretung, Förde-

rangebote und verbindliche Zeitrahmen sichergestellt. Auch danach werden die betroffenen Schulen immer noch erheblich besser ausgestattet sein, als die übrigen Grundschulen. Die Kürzung der Zuschläge werde durch die Erhöhung der Stundentafel ausgeglichen. Im übrigen sollen wie in der verlässlichen Grundschule bei Unterrichtsausfall Feuerwehr- und Springerlehrkräfte eingesetzt werden. Das Kontingent für Fördermaßnahmen werde in allen Grundschulen um 7920 Stunden erhöht. Es gehe auch um Solidarität und Gerechtigkeit den nicht privilegierten Grundschulen gegenüber, wenn die Vollen Ganztagschulen nun etwas davon abgeben sollen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

**Punkt 12: Aufnahme der „Küstenautobahn/A 22“ als Leitprojekt für den Handlungsrahmen 2005 der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 18.12.2003
Sitzungsvorlage Nr. 3/2004**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 12 der Tagesordnung.

Abg. Frau Vockert unterstellte Einigkeit über die Bedeutung der Küstenautobahn/A 22. Die Diskussion habe nun eine neue Dynamik erfahren und man könne beginnen, über Trasse und Linienführung zu sprechen. Sie zitierte das wesentliche Ergebnis des Instituts für Wirtschaftsforschung zur Präferenz A 20/A 22, wonach die geplante Küstenautobahn die überregionale Anbindung der küstennäheren Teilräume deutlich verbessern sowie die A 1, das Bremer Kreuz und den Elbtunnel entlasten könne. Auf der anderen Weserseite sei man etwas schneller gewesen und habe bereits einen Paten genannt. Dies gelte es hier nun schnellstmöglichst ebenfalls umzusetzen. Wenn nun der Vorschlag der Verwaltung vorsehe, auch die Landwirtschaftskammer und das Landvolk mit einzubeziehen, könne sie sich dem anschließen und erweitere den Antrag entsprechend. Eine Vorberatung im Ausschuss für Regionalplanung, Wirtschaft und Tourismus halte sie allerdings nicht für erforderlich.

Abg. Johannßen stimmte einer sofortigen Beschlussfassung im Kreistag zu. Das Projekt sei bereits in den Handlungsrahmen aufgenommen worden.

Abg. Frau Ritzenhoff vermochte die Euphorie nicht zu teilen und drückte ihre Sorge aus, dass die Regionale Arbeitsgemeinschaft sich zu sehr auf ein einzelnes Großprojekt wie die A 22 fixiere. Das Ziel der RAG sei globaler gefasst und sollte die Verbesserung der Lebensbedingungen verfolgen. Gutachten, die auf die zu erwartende Belastung mit Schwerlastverkehr hinwiesen oder eine Auswirkung auf den Arbeitsmarkt verneinten, blieben unberücksichtigt. Während für ausreichende Bildungssysteme kein Geld vorhanden sei, würden für ein solches Projekt die Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe überhaupt nicht problematisiert.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, für den Handlungsrahmen 2005 der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen das Thema „Küstenautobahn/A 22“ als Leitprojekt aufzunehmen.

Dabei soll der künftige Landrat des Landkreises Cuxhaven, Kai-Uwe Bielefeld, als Projektpate genannt werden. Als Kooperationspartner soll die Kreisverwaltung die Seestadt Bremerhaven, die IHK Bremerhaven, den Cuxhavener Wirtschaftsrat e. V. sowie die Landkreise Rotenburg und Stade als auch die Landwirtschaftskammer und das Landvolk mit einbeziehen.

Punkt 13: Schulstrukturereform;

a) Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes;

hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2003

b) Einrichtung von wohnortnahen Gymnasien;

hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.06.2003

c) Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur künftigen Gestaltung der Schulstrukturen im Landkreis Cuxhaven;

hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.06.2003

d) Schulentwicklung und deren Finanzierung im Landkreis Cuxhaven;

hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 22.06.2003

e) Eckpunktepapier zur Einrichtung von weiteren Gymnasien als eigenständige Schule oder als Außenstelle eines vorhandenen Gymnasiums

f) hier: Beschulung von Kindern aus der Samtgemeinde Nordkehdingen (Landkreis Stade) am Gymnasium Warstade

g) hier: ergänzender Sachstandsbericht

Sitzungsvorlagen Nrn. 199/2003, 199 a/2003, 199 b/2003, 199c/2003, 199d/2003 und 250/2003

Empfehlung des Kreisausschusses: a) Der vorliegenden informellen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für den gesamten Landkreis Cuxhaven mit Ausnahme der Stadt Cuxhaven wird insgesamt zugestimmt.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, die sich daraus ergebenden weiteren Planungsbedürfnisse ergänzend auszuarbeiten und ggf. zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

c) Dabei ist insbesondere das für den Grundeinzugsbereich Langen dargestellte Moratorium für Baumaßnahmen zu streichen und die Schülerbeförderung für den Bereich der Samtgemeinde Land Wursten zu überprüfen.

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 13 der Tagesordnung. Er verlas außerdem folgenden Antrag des Abg. Bensen für die SPD-Kreistagsfraktion:

„Der Kreistag möge beschließen:

Im Schulzentrum Dorum wird ein Gymnasium der Sekundarstufe I (Klassen 5 – 10) errichtet“

Erster stellv. Landrat Wiesen übernimmt den Vorsitz.

Abg. Bensen erläuterte, vor der Landtagswahl seien kleine Gymnasien von den Oppositionsfraktionen im Landtag propagiert worden, um unzumutbare Schulwege für Kinder ab 10 Jahren zu vermeiden. In dem von der Verwaltung entwickelten Eckpunktepapier heiße es, ein Gymnasium der Sekundarstufe I solle dauerhaft mindestens zweizügig, d.h. mit 32 – 62 Schülern je Jahrgangsstufe geführt werden können. Damit konnten sich die Schulstandorte Cadenberge, Dorum und Lamstedt berechnete Hoffnungen für eine solche Entwicklung machen. Nach der Landratswahl wurde in einer ergänzenden Vorlage darauf hingewiesen, dass die Bezirksregierung für eine dauerhafte Zweizügigkeit mindestens die mittlere Bandbreite von zwei Klassenverbänden und somit mindestens 54 Schüler erwarte. Der Erlassentwurf des Kultusministeriums zur Klassenbildung vom 05.11.03 sehe für die Klasse 6 – 10 einen Grundbedarf von 32 – 36 Wochenstunden vor. Dies bedeute an mehreren Tagen Ganztagsunterricht. Dies sei ein Grund mehr für eine wohnortnahe Beschulung. In der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vom 29.11.03 sei im übrigen geregelt, dass ein Gymnasium einzügig weitergeführt werden darf, wenn ein anderes Gymnasium in zumutbarer Entfernung nicht vorhanden sei. Diese Dinge hätte man gerne von Anfang an gewusst. Mit diesem Wissen hätte die Diskussion mit

den Schulen möglicherweise eine andere Wendung genommen. In Dorum hätten sich jedoch Eltern und Politik für die Schule in vorbildlicher Weise engagiert. Die Schülerzahlen sprächen für die Einrichtung. Hinzu käme die Inanspruchnahme durch einen Teil der Nordholzer Schüler. Er stelle deshalb diesen Antrag zur Abstimmung. Weiterhin kündigte er einen Antrag an, als notwendige Grundlage für die Schulentwicklungsplanung einen Schulreport zu etablieren, der über die Frage der Rückstufung oder Aufnahme in die höhere Schulform und damit über die Auswirkungen von Schulstandorten auf die Bildungschancen Auskunft gibt.

Abg. Feldmann hielt die Ausführungen des Abg. Bensen im Hinblick auf die ausführliche Debatte im Schulausschuss für überflüssig. Der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 199b/2003 hätte ohne weitere Diskussion beschlossen werden können. Er rate jedem Elternteil, das sich von ihm beraten lasse, davon ab, sein Kind ein „Minigymnasium“ besuchen zu lassen. Eine geschlossene Lernkultur von der 5. bis zur 12. Klasse lasse sich damit nicht anbieten. Die Kontinuität des Bildungsprozesses und die Lernmotivation seien um so besser, je länger Schüler und Lehrer zusammenarbeiten können. Interessante schulumfassende Veranstaltungen blieben einer Gymnasialabteilung für Fünft- und Sechstklässler vorenthalten. Das Pendeln von Lehrern in den Pausen gehe zu Lasten ihrer Beratungstätigkeit. Die notwendige Qualität einer Schule für eine individuelle, der persönlichen Begabungsreserve entsprechende Forderung und Förderung sei damit nicht zu erreichen.

Abg. Frau Ritzenhoff kündigte an, die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen. Über die Meinungsbildung in den Schulen habe sie nur aus der Presse erfahren. Das Verhältnis zu den Gymnasien Cuxhaven und Bremerhaven sei völlig ungeklärt.

Oberkreisdirektor Dr. Höppner entgegnete, das Ergebnis der Meinungsbildung bei den Schulleitern sei der Politik in dem Eckpunktepapier der Sitzungsvorlage Nr. 250/2003 vorgestellt worden. Alle gymnasialen Vertreter hätten dem zugestimmt.

Abg. J. Wrede bezeichnete die Einplanung der Nordholzer Schüler für einen gymnasialen Zweig in Dorum als abenteuerlich. Der Gemeinderat habe einen einstimmigen Beschluss gefasst, der sich für einen Besuch der Cuxhavener Gymnasien ausspreche.

Landrat Döscher übernahm den Vorsitz.

Abg. Kowalewski vertrat die Auffassung, wenn neue Erkenntnisse gewonnen werden, müsse man diese auch unabhängig von der Ausführlichkeit der bisherigen Debatte im Kreistag erörtern können. Das vorgelegte Konzept sei lediglich eine Beschreibung des Ist-Zustandes. Die CDU-Landesregierung sei es gewesen, die den Eltern die wohnortnahen Gymnasien und die Volle Halbtagschule angedient habe. Er stimme dem Abg. Bensen darin zu, dass die Gymnasialquote in Dorum noch weiter sinken werde, wenn den Fünftklässlern weite Wege zugemutet werden. Soweit mit einem Qualitätsstandard argumentiert werde, müssten auch die entsprechenden Parameter dafür benannt werden. Wenn die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag ablehne, müsse sie ein schlüssiges Konzept vorlegen, wie sie die Gymnasialquote im Land Wursten zu erhöhen gedenke. Mit der Hilfskonstruktion des Bustransfers zum Bahnhof Dorum sei dies jedenfalls nicht zu erreichen.

Abg. Meyn verlas eine persönliche Erklärung für ihn und den Abg. Wiesen mit der Unterstützung eines gymnasialen Angebotes am Schulzentrum Lamstedt und erläuterte die Gründe, warum sie dem Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion nicht zustimmen könnten.

Abg. Frau Vockert fasste zusammen, man müsse sich zwischen Quote und Qualität entscheiden. Die CDU-Kreistagsfraktion wolle durchaus wohnortnahe Schulen, aber nicht um jeden Preis. Was Qualität in diesem Zusammenhang bedeute, habe der Abg. Feldmann in brillanter Weise dargelegt, als er auf die Auswirkungen auf personelle und fachliche Ressourcen und die Bedeutung von Arbeitsgemeinschaften, Chören, Orchester, Theater usw. hingewiesen habe. Außenstellen bedeuteten grundsätzlich Einschränkungen der Qualität.

Abg. Dubbert zeigte sich mit der Reduktion des Problems auf die Begriffe Quote oder Qualität nicht einverstanden. Damit widerspreche die Abg. Frau Vockert den Aussagen der CDU-Fraktion zur Stärkung des ländlichen Raumes, denen zu entnehmen sei, dass Außenstellen von Schulen erhalten bleiben sollten und dies Schulstandorte im ländlichen Raum und wohnortnahe Beschulung sichere.

Abg. Lutz äußerte sich anerkennend zu der persönlichen Erklärung der Abg. Meyn und Wiesen. Die Argumentation decke sich mit der der SPD-Kreistagsfraktion. Der Beitrag des Abg. Feldmann hingegen habe sich nicht mit der Problematik der Dorumer Schüler beschäftigt, sondern spiegelten nur dessen persönlichen Vorstellungen von Schule wieder. In der bisherigen Schulentwicklungsplanung habe man sich immer die Option für einen Gymnasialzweig in Dorum offengehalten. Wenn man feststelle, dass das Potential an gymnasialer Beschulung nicht in Anspruch genommen werde, weil die Wege zu lang sind, müsse man diese Möglichkeit der Schulentwicklungsplanung nutzen und das Angebot verbessern. Die Vorbehalte gegen die Einbeziehung der Nordholzer Schüler könne er nicht nachvollziehen. Ein gutes Schulangebot sei auch ein regionaler Vorteil, der Zuzugsentscheidungen beeinflussen könne.

Abg. McAllister sah einen Zusammenhang in dem schlechten Ergebnis der PISA-Studie in Bremen und Niedersachsen und der verfehlten Schulpolitik der jeweiligen langjährigen SPD-Landesregierungen. Deshalb habe die neue Landesregierung innerhalb von 123 Tagen ein neues Schulgesetz verabschiedet, das auf Qualität bei der Struktur, der Unterrichtsversorgung und den Inhalten an den Schulen setze. Die Umsetzung in der Kreisverwaltung sei bisher hervorragend gelaufen. Die Sitzungsvorlage Nr. 199b/2003 sei deshalb auch inhaltlich ausgezeichnet. Die Folgen der demographischen Entwicklung auf die Schülerzahlen seien bei der bisherigen Diskussion noch zu wenig berücksichtigt worden. Die Landesregierung stehe nach wie vor zu ihrem Versprechen, wohnortnahe Gymnasien zu ermöglichen. Angesprochen seien hierbei aber in erster Linie die Flächenlandkreise wie Cloppenburg, der auf einer Fläche, die fast so groß wie die des Landkreises Cuxhaven ist, ein einziges Gymnasium anbiete. Im Landkreis Cuxhaven gäbe es bereits ein breit gefächertes Angebot in Hemmoor, Otterndorf, Bederkesa, und den Bremerhavener und Cuxhavener Gymnasien. Eine Schule, die sich auf das fachbezogene Pflichtangebot beschränken müsse, sei unter Qualitäts Gesichtspunkten nicht vertretbar.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei drei Enthaltungen:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei drei Enthaltungen:

Der vorliegenden informellen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich daraus ergebenden weiteren Planungsbedürfnisse ergänzend auszuarbeiten und ggf. zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Punkt 14: Schulausschüsse des Landkreises Cuxhaven

hier: Vorschlag der Schülervertreter und Ersatzmitglieder durch den Kreisschülerrat sowie der Elternvertreter und Ersatzmitglieder durch den Kreiselternrat
Sitzungsvorlage Nr. 2/2004

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 14 der Tagesordnung

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Den nachstehend aufgeführten Ausschüssen gehören folgende neu hinzuberufene stimmberechtigte Mitglieder und stellvertretende Mitglieder an:

Schulausschuss

Vertreter der Eltern

Elternvertreter: Helmut Bertram
Tannenstr. 3
27612 Loxstedt-Eidewarden

1. Ersatzmitglied: Manfred Hoffmann
Köpenicker Weg 11
27616 Stubben

2. Ersatzmitglied: Silvia Dendtler
Kampstr. 29
27616 Stubben

Vertreter der Schüler

Schülervertreter: Daniel Naber
(ab 01.05.2004)
Ostergraben 44
27619 Schiffdorf
(Gym. Wesermünde)

1. Ersatzmitglied: Britta Schorn
Mühlenweg 5
21772 Stinstedt
(RS Lamstedt)

2. Ersatzmitglied: Marius Rittmann
Kanalstraße 18
21789 Wingst
(HS Cadenberge)

Ausschuss für Berufsbildende Schulen

Vertreter der Schüler

Schülervertreter: Christian Neuber
Hauptstraße 44
27478 Cuxhaven
(BBS Cadenberge)

1. Ersatzmitglied: Viktor Wink
Ulmenweg 18
27637 Nordholz
(BBS Cadenberge)

2. Ersatzmitglied: Stefan Göbel
Grenzstraße 37 c
27474 Cuxhaven
(BBS Cuxhaven)

Punkt 15: Abstufung von Naturdenkmalen
Sitzungsvorlage Nr. 321/2003

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 15 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache mit Mehrheit bei drei Enthaltungen:

1. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage A beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Bederkesa“ wird beschlossen.
2. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage B beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Beverstedt“ wird beschlossen.
3. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage C beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Börde Lamstedt“ wird beschlossen.
4. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage D beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Hadeln“ wird beschlossen.
5. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage E beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Hemmoor“ wird beschlossen.
6. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage F beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Land Wursten“ wird beschlossen.
7. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage G beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Stadt Langen“ wird vorbehaltlich der Zustimmung der Stadt Langen beschlossen.
8. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage H beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Gemeinde Nordholz“ wird beschlossen.
9. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage I beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Gemeinde Schiffdorf“ wird beschlossen.
10. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage J beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die geschützten Landschaftsbestandteile in der Samtgemeinde Sietland“ wird beschlossen.
11. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage K beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die Aufhebung des nach § 26 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatG) geschützten Landschafts-

schutzgebietes LSG-CUX 40 im Bereich des Landkreises Cuxhaven“ wird beschlossen.

12. Die der Sitzungsvorlage 321/2003 als Anlage L beigefügte „Verordnung des Landkreises Cuxhaven über die Aufhebung des nach § 27 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatG) geschützten Naturdenkmals ND-CUX 178 im Bereich des Landkreises Cuxhaven“ wird beschlossen.

**Punkt 16: Bekanntgabe der von November 2003 bis zum 17. Dezember 2003 zugestimmten über- und außerplanmäßigen Ausgaben nach § 65 NLO i. V. mit § 89 Abs. 1 S. 3 NGO
Sitzungsvorlage Nr. 5/2004**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 16 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Die in der als Anlage beigefügten Aufstellung genannten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen von November 2003 bis zum 17. Dezember 2003 zugestimmt wurde, in Höhe von 72.625,36 € (Verwaltungshaushalt) werden zur Kenntnis genommen.

**Punkt 17: Berufung des Kreisamtsrates Hermann Herbrig zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes
Sitzungsvorlage Nr. 7/2004**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 17 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Gemäß § 65 NLO i. V. m. § 118 Abs. 2 NGO wird Kreisamtsrat Hermann Herbrig mit Wirkung vom 15.02.2004 zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

**Punkt 18: Berufung des Kreisamtmannes Jens Dehm zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes
Sitzungsvorlage Nr. 8/2004**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 18 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Gemäß § 65 NLO i. V. m. § 118 Abs.2 NGO wird Kreisamtmann Jens Dehm rückwirkend zum 24.03.2003 zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

**Punkt 19: Berufung der Kreisoberinspektorin Meike Hannemann zur Prüferin im Rechnungsprüfungsamt
Sitzungsvorlage Nr. 9/2004**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 19 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Kreisoberinspektorin Meike Hannemann wird rückwirkend zum 15.03.2003 zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

**Punkt 20: Berufung des Dipl.-Ing. (FH) Hans-Peter Bartsch zum Prüfer im Rechnungsprüfungsamt
Sitzungsvorlage Nr. 10/2004**

Landrat Döscher verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Oberkreisdirektors zu Punkt 20 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Gemäß § 65 NLO i. V. m. § 118 Abs.2 NGO wird Dipl.-Ing. (FH) Hans-Peter Bartsch rückwirkend zum 22.04.2003 zum Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

Punkt 21: Fragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Punkt 22: Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse

Es wurden keine Fragen gestellt.

Punkt 23: Anregungen und Beschwerden

Anregungen und Beschwerden lagen nicht vor.

Punkt 24: Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Punkt 25: Aushändigung des Ehrenzeichens

Landrat Döscher nahm die Ehrung des Kreistagsabgeordneten May vor. Die Laudatio des Landrates ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Landrat Döscher schloss um 18.55 Uhr die Sitzung des Kreistages.

Döscher
Landrat

Dr. Höppner
Oberkreisdirektor

Meyer
Kreisamtsrat
als Protokollführer